



Kantonsrat

Sitzung vom: 2. Mai 2016, nachmittags

Protokoll-Nr. 161

Nr. 161

**Motion Frey Monique und Mit. über eine Strategieerarbeitung
Anpassung Klimawandel (M 86). Teilweise Erheblicherklärung als Postulat**

Monique Frey begründet die am 1. Dezember 2015 eröffnete Motion über eine Strategieerarbeitung Anpassung Klimawandel. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte sie an ihrer Motion fest.

Im Namen des Regierungsrates ist Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng bereit, die Motion teilweise als Postulat entgegenzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

„Die Adaption an die vom Klimawandel in vielen Sektoren verursachten Veränderungen stellt eine grosse Herausforderung dar. Auch der Kanton Luzern ist in verschiedenen Bereichen mit Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert, etwa durch das vermehrte Auftreten von witterungsbedingten Extremereignissen wie Hochwasser, Trockenheit oder Stürmen, durch Hitzeperioden im Sommer und durch das Ansteigen der Schneegrenze im Winter. Diese Veränderungen in den Umweltbedingungen werden bereits heute in wichtigen relevanten Sachplanungen wie der Hochwasserschutz- oder Wassernutzungsstrategie als neue Rahmenbedingungen mitberücksichtigt.

Im Jahr 2015 hat sich der Kanton Luzern eine Übersicht zum Stand der Planungen in den vom Klimawandel betroffenen Sektoren verschafft. Im Sinn eines Vorprojekts wurden die Betroffenheit des Kantons Luzern durch Klimaveränderungen analysiert, Massnahmen zur Schadensprävention und Adaption definiert sowie der Stand ihrer Umsetzung ermittelt. Nächste Schritte wurden skizziert. Pro Sektor wurden die Zuständigkeit und die Verantwortlichkeit geklärt. Im Dezember 2015 wurde dazu ein erster interner Zwischenbericht erstellt. Auf die Ausarbeitung einer weiter gehenden, umfassenden Strategie zur Anpassung an den Klimawandel wurde aber vorderhand, nicht zuletzt wegen mangelnder Ressourcen in vielen betroffenen Dienststellen, verzichtet. Im Rahmen des nach den bundesrechtlichen Vorgaben zu erstellenden und in Erarbeitung befindlichen Umweltberichts 2017 sollen aber auch zum Thema Klimawandel nähere Ausführungen zum Handlungsbedarf aufgenommen werden.

In jedem Fall sollen zunächst die Ergebnisse aus laufenden Arbeiten des Bundes zum Thema Klimawandel abgewartet werden. Die in der Motion als prioritär zu untersuchenden Klimafolgen Wassermangel und Hitzeereignisse sind unter anderem Gegenstand laufender Studien auf nationaler Ebene. So wurden vom Bund Szenarien zur Klimaveränderung in der Schweiz erstellt (CH2011). In der CH2014-Impacts-Initiative wurden die Szenarien CH2011 mit verschiedenen Modellen zur Abschätzung der Folgen des Klimawandels verknüpft. Die Ergebnisse wurden in einem Pilotbericht publiziert. Mit der Gründung des National Center for Climate Services (NCCS) im Jahr 2015 wurden Arbeiten zur Entwicklung regionaler Prognosen zu den Klimafolgen in der Schweiz begonnen. Untersucht werden die Auswirkungen in den Bereichen Klima, Hydrologie, Schadorganismen in der Landwirtschaft, Waldfunktionen sowie Extremereignisse und Gefahren.

Für 2018 werden wichtige Resultate und Publikationen des NCCS erwartet, die für die Kantone eine wichtige Basis für die weitere Beurteilung von notwendigen Massnahmen in der Klimaadaptation darstellen. Dabei sollen regionale Klimaprognosen erstellt und unter www.nccs.ch zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen von «Hydro 2018» werden zudem die Folgen für die Verfügbarkeit und -qualität des Grundwassers beurteilt und mögliche Nutzungskonflikte bei Wassermangel beschrieben. Ein wichtiges Arbeitswerkzeug für die Analyse der Betroffenheit verschiedener Regionen wird die Integration der Forschungsergebnisse in geografische Informationssysteme auf kantonaler Ebene sein.

Die Abschätzung der volkswirtschaftlichen Kosten ist schwierig. In seiner Antwort zur dringlichen Interpellation von Nationalrätin Franziska Teuscher hat der Bundesrat festgestellt, dass die monetären Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweiz noch wenig untersucht seien. Aufgrund der damals aktuellsten Schätzung aus dem Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 31 ging der Bundesrat von Schäden zwischen 2,3 bis 3,2 Milliarden Franken aus. Dies entspricht knapp 1 Prozent des Bruttonationalproduktes im Jahr 1995. Den weitaus grössten Wertschöpfungsverlust identifizierte der NFP-31-Bericht beim Wintertourismus.

Wir verfolgen die Aktivitäten auf nationaler Ebene weiter und werden die Notwendigkeit weiterer Massnahmen auf kantonaler Ebene periodisch neu beurteilen.

Die Motion ist in diesem Sinn als Postulat teilweise erheblich zu erklären.“

Ruedi Burkard lehnt die Motion im Namen einer Mehrheit der FDP-Fraktion ab. Die Motionärin verlange die Ausarbeitung einer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Der Regierungsrat spreche sich für eine teilweise Erheblicherklärung als Postulat aus. Der Kanton Luzern unternehme in dieser Angelegenheit bereits viel, und auf Bundesebene würden diesbezüglich ebenfalls grosse Anstrengungen unternommen.

Beat Meister lehnt im Namen der SVP-Fraktion sowohl die Erheblicherklärung als Motion wie auch die teilweise Erheblicherklärung als Postulat ab. Für die SVP handle es sich dabei um einen Aktivismus, der Berichte und jede Menge Papiere nach sich ziehe, das sei nicht im Sinn der SVP-Fraktion.

Monique Frey hält an ihrer Motion fest. Die Grüne Fraktion wolle mehr über den Klimawandel erfahren, denn dieses Thema werde die nächste Generation entscheidend prägen. Man beklage sich über die Hitze oder zu grosse Regenmengen, und riesige Projekte zum Hochwasserschutz seien bereits in Planung. Es gehe aber nicht nur darum, die Folgen des Klimawandels zu mindern, sondern die Ursachen zu suchen und diese einzudämmen. Über freiwillige Energieprogramme etwa habe man versucht, die Gesellschaft zu einer Umkehr zu bewegen, leider erfolglos. Die Klimaerwärmung schreite voran, und der CO₂-Ausstoss werde nicht kleiner. Die Folgen würden immer spürbarer. Ein Planungsbericht solle nicht nur die Folgen des Klimawandels auf den Hochwasserschutz oder die Landwirtschaft aufzeigen, sondern auch die finanziellen Auswirkungen. Es gehe nicht nur darum, finanzpolitisch nachhaltig zu wirtschaften, sondern den kommenden Generationen einen Kanton frei von unnötigen Altlasten zu hinterlassen. Die Folgen des Klimawandels führten dazu, dass weltweit Menschen ihre Heimat verlassen müssten, weil sie nichts mehr Anbauen könnten. Die Ursache dazu sei in der industrialisierten Welt, also auch im Kanton Luzern, zu suchen. Der Regierungsrat schreibe in seiner Begründung, dass im Kanton Luzern bereits Massnahmen ergriffen worden seien; das sei erfreulich. Leider fehlten aber dem Kanton die finanziellen Mittel, um einen Schritt weiter zu gehen und nach nachhaltigen Lösungen zu suchen. Die FDP habe erklärt, der Kanton unternehme in diesem Bereich bereits genügend. Sie verweise diesbezüglich auf das Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17), dort würden gerade beim Energieprogramm grosse Kürzungen vorgenommen.

Hasan Candan unterstützt im Namen der SP-Fraktion die Erheblicherklärung als Motion. Die Motion verlange, dass klimabedingte Risiken und Chancen sektorenübergreifend analysiert, volkswirtschaftliche Kosten beziffert und Massnahmen abgeleitet werden sollten. Die Motionärin erwähne hauptsächlich den Wassermangel und Hitzeereignisse, die Regierung beziehe sich in ihrer Begründung vor allem auf Hochwasser, Trockenheit sowie Steinschlag und Murgänge. In der Motion fokussiere man sich also auf Schadenereignisse. Der Klimawandel ha-

be aber noch weitaus mehr Auswirkungen, darüber müsste man sich ebenfalls im Klaren sein. Die Temperatur werde längerfristig ansteigen, was wiederum die Niederschlagsmenge erhöhe. Deshalb müsse man sich mit den Folgen für die Landwirtschaft und die Tierhaltung auseinandersetzen. Die Klimaerwärmung habe auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. So seien zum Beispiel ein Drittel der Zecken Träger von Borreliose, die Tendenz sei steigend. Die Klimaerwärmung habe auch Auswirkungen auf die Temperatur der Seen und letztendlich auf den Fischbestand. Die Waldwirtschaft sei ebenfalls davon betroffen. Durch das wärmere und feuchtere Klima würden vermehrt Buchen und Eichen wachsen, und die Rot- und Weisstannen würden verdrängt, was Auswirkungen auf die Schutzwälder nach sich ziehe.

Jürg Meyer unterstützt im Namen der CVP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung als Postulat. Er müsse Hasan Candan in vielen Punkten recht geben. Er sehe aber keinen Sinn darin, wenn jeder Kanton einen eigenen Bericht über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels erstelle. Im Kanton Luzern würden bereits Untersuchungen über die Folgen des Klimawandels auf das Grundwasser oder die Hochwasserabflüsse durchgeführt. Solche Untersuchungen sollten aber eigentlich auf nationaler Ebene stattfinden. Die CVP finde es aber sinnvoll abzuklären, mit welchen eigenen Instrumenten der Kanton Luzern reagieren könne, zum Beispiel über das Energiegesetz oder über das Planungs- und Baugesetz. Dem Thema Klimawandel müsse auf jeden Fall Beachtung geschenkt werden, deshalb unterstütze die CVP die teilweise Erheblicherklärung als Postulat.

Markus Hess spricht sich im Namen der GLP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung als Postulat aus. Die Folgen des Klimawandels würden sich etwa im Wintertourismus oder mit der Trockenheit im letzten Sommer bemerkbar machen. Die Regierung wolle das Thema mit dem NCCS bis 2018 weiterverfolgen und Massnahmen ergreifen.

Hasan Candan ergänzt, der Kanton Luzern habe spezielle Eigenheiten wie Gebirge und grosse Gewässer, und er sei von der Landwirtschaft abhängig. Zudem gelte er als Tourismuskanton. Diese Gründe würden einen eigenen Bericht rechtfertigen.

Im Namen des Regierungsrates unterstützt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng die teilweise Erheblicherklärung als Postulat. Die Regierung werde sich der Herausforderung Klimawandel stellen. Sie habe sich einen Überblick über die betroffenen Sektoren im Kanton Luzern verschafft. Im Sinn eines Vorprojekts habe die Regierung die Betroffenheit insbesondere bezüglich Naturgefahren, Wasserqualität und Schädlingen beurteilt. In den relevanten Sachplanungen würden nun die Erkenntnisse des Vorprojekts berücksichtigt. Schlussendlich beschäftige der Klimawandel aber die ganze Welt, der Kanton Luzern sei nur ein sehr kleiner Teil davon. In Zusammenarbeit mit dem Bund solle eine schweizweite Strategie abgestimmt werden. Die Regierung werde das Thema weiterverfolgen und die Massnahmen des Bundes abwarten, um koordiniert reagieren zu können.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Motion mit 67 zu 36 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 57 zu 47 Stimmen teilweise als Postulat erheblich.